

KLIMAGIPFEL

Private Air on Sale



**Klimakonferenzen sei dank:
Die Ware Luft wird schon
bald vermarktet werden.
Noch weiß zwar niemand,
wem sie wirklich gehört
oder welchen Wert sie
haben soll.**

Die Europäische Union als großes Vorbild: Im internationalen Kampf gegen den Klimawandel wollen die 15 Staaten der EU an vorderster Front auftreten. Seit vier Jahren werden Klimakonferenzen abgehalten, um diesen Kampf weltweit zu koordinieren. Doch seitdem vor vier Jahren im japanischen Kyoto das berühmte Klimaschutz-Protokoll verabschiedet wurde, geriet das eigentliche Thema, die Erderwärmung, immer mehr in den Hintergrund.

Stattdessen orientieren sich die Verhandlungen am Zeitgeist. Neue, globale Märkte schaffen, heißt die Devise. Eine kapitalistische Faustregel, die auch im internationalen Klimaschutz gilt. "Der Emissionshandel stellt eine wichtige Neuerung in der Umweltpolitik in Europa dar", kündigte die EU-Kommissarin für Umwelt, Margot Wallström, im Vorfeld der neuesten Ausgabe der Welt-Klimaverhandlungen an. Zur 7. Vertragsstaatenkonferenz trafen sich in den vergangenen zwei Wochen VertreterInnen der 180 Staaten erstmals auf dem afrikanischen Kontinent. Bereits im Juli dieses Jahres hatte man sich in Bonn auf die Basics einer Klimakonvention geeinigt, in Marrakesch mussten nun die Bonner Beschlüsse in einen Vertragstext gegossen werden.

Damit wird auch der Startschuss gegeben für den von einigen Akteuren sehnlichst erwarteten Emissionsmarkt, auch 'new carbon market' genannt. Es sind die Diskussionen um die Spielregeln dieses Marktes, die heute Klimakonferenzen beherrschen. "Niemand weiß bisher, wie die Waren auf dem neuen Markt bewertet werden sollen oder wem sie gehören", schreibt die NGO Aseed in ihrem Papier "Democracy or Carbocracy?". In der Tat muss für den Emissionshandel der Klimaschutz neu definiert werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse spielen bei den waghalsigen Berechnungen kaum eine Rolle. Die Frage etwa, ob Kohlendioxid, das aus japanischen Industrieschlotten in die

Atmosphäre dampft, grundsätzlich gegen CO₂-absorbierende Bäume in Uganda aufgerechnet werden kann, ist längst nicht beantwortet.

Ungeachtet bleiben auch andere Eckdaten in der Geschichte des Weltklimas: Obwohl der Norden gegenüber Ländern des Südens in den letzten anderthalb Jahrhunderten eine große Emissionsschuld akkumuliert hat, wird so getan, als seien alle Nationen der Erde bei "Null" gestartet. Entscheidend für das Kyoto-Kalkül sind die Emissionsdaten im Jahr 1990. Als Grundsatz für den neuen Handel mit der heißen Luft dient nicht etwa die Faustregel: Wer von Haus aus wenig Treibhausgase in die Luft jagt, darf im Ausgleich dafür entsprechend viele Lizenzen auf dem 'new carbon market' verhöckern. Die "Luftrechte" einer Nation werden vielmehr auf der Grundlage seiner im Klimavertrag vereinbarten Ziele berechnet. Wenn beispielsweise Deutschland oder Großbritannien es wie erwartet schaffen, über ihr gestecktes Reduktionsziel hinauszuschießen, können sie Emissionslizenzen an Länder wie Japan verkaufen, die ihr Ziel nicht erreichen. Südländer bekommen jedoch keineswegs dieselben Lizenzrechte, die ihnen aufgrund ihres weitaus niedrigeren Pro-Kopf-Ausstoßes eigentlich zustehen würden.

"Nicht nur, dass die Privatisierung der Atmosphäre und der Handel mit Emissionen nichts mit den Problemen des Klimawandels zu tun haben", schreibt die Umwelt-NGO Aseed. "Sie werden die strukturellen ökonomischen Unterschiede zwischen Nord und Süd vergrößern." Dank den Bonner Beschlüssen ist es den Industrienationen ebenfalls möglich, sich durch ausgleichende Maßnahmen vom Klimaschutz freizukaufen. Die ökonomische Realität auf dem Weltmarkt diktiert, dass diese Maßnahmen vorwiegend im Süden durchgeführt werden.

Obwohl der offizielle Startschuss für den Emissionshandel noch nicht gegeben wurde, laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. "Große Firmen kaufen sich Verschmutzungsrechte von Ländern, die saubere Energiequellen installieren", beschreibt ein Sprecher der Weltbank die Entwicklung. 70 Firmen, darunter der Ölmulti BP, der japanische Automobilkonzern Mitsubishi oder das deutsche Energieunternehmen RWE haben sich einem Projekt angeschlossen, in dem "Clean Development Mechanism", im Kyoto-Protokoll vorgesehene Ausgleichsmaßnahmen, getestet werden sollen. Die Firmen investieren in erneuerbare Energie in Südländern und bekommen dafür Kohlendioxid-Kredite. "Wir schaffen eine neue Ware, die nun auf den Markt kann", sagte Ken Newcombe, Weltbank-Manager für den "Prototype Carbon Fund" (PCF) auf einer Pressekonferenz am Rande der Klimaverhandlungen in Marrakesch. Newcombe stellte den ersten Jahresbericht des Testprojekts vor und gab Beispiele, wo die vorgesehenen 135 Millionen US-Dollar investiert werden könnten: Für die nächsten 15 bis 20 Jahre sei etwa geplant 3,9 Millionen in kleinere Wasserkraft-Projekte in Uganda zu stecken. Auf gerade einmal drei Dollar schätzte der Weltbank-Experte den Preis einer Tonne CO₂. "Das ist nur ein Bruchteil dessen, was Politiker für die billigsten Maßnahmen zur Emissionsminderung im Westen berechnet haben", freut sich Newcombe, der den Firmen rät, möglichst bald in den Emissionshandel zu investieren.

Die Schätzungen der EU-Kommission lagen in der Tat bei "weniger als" 20 Euro pro Tonne. Doch, dass das kostengünstiger werden kann, hatte auch die EU-Kommissarin schon angedeutet. Margot Wallström: "Der Emissionshandel wird sicher stellen, dass die Emissionsreduktionen dort erfolgen, wo dies am billigsten ist."

Auch für ganz normale LuftverbraucherInnen hat der neue Markt etwas parat. Denn Privatleute können sich hier ein reines Klimagewissen erkaufen. Laut Werbematerial des britischen Unternehmens "Future Forests" könnte die ganz private Emissionsgleichung folgendermaßen aussehen: Sieben Bäume entsprechen fünf Flugtickets London-New York oder fünf Bäume sind so viel wert wie ein Jahr Autofahren. Future Forests lädt KonsumentInnen aber auch Unternehmen dazu ein, "carbon neutral" zu werden. Motto: Egal wie viel und wie Sie fossile Brennstoffe verbrauchen - Sie können sich durch entsprechende Baumpflanzaktionen rehabilitieren. Future Forests übernimmt sowohl die Baumpflanz als auch die Pflegearbeit.

Danièle Weber

kommentar

Pacifiste s'en va-t-en guerre?

L'opposition à la guerre en Afghanistan s'organise au Luxembourg.

La soixantaine de personnes - de tous bords, de tout âge - qui avaient suivi à un appel lancé il y a environ deux semaines (cf. page 6), se retrouvaient dans une sorte de cellule de renaissance d'un mouvement pacifiste luxembourgeois. Principal souci: arriver à rassembler le plus de monde possible autour de l'idée simple que la guerre n'est pas une solution. Mais comment faire réaliser cela à une population à qui l'on répète qu'il s'agit, dans ce cas-ci, d'éradiquer le terrorisme et de protéger la vie comme on l'apprécie chez nous? Comment arriver à dénoncer une rhétorique politique qui prône, sans gêne, l'illogisme de la "guerre humanitaire"? Comment, de plus, réaliser ces buts sans donner une image trop anti-américaine? Pour cela des positions plus nuancées qu'un simple "Non à la guerre" sont nécessaires.

S'il s'agissait au début, pour les Américains, de s'en prendre à Bin Laden, le conflit s'est rapidement transformé en combat contre les Talibans, supportés jadis. Le tout en faveur d'une Alliance du Nord aux positions tout aussi douteuses que celles des Talibans.

Mais, en vérité, cela n'a guère étonné grand monde que la réponse américaine aux attentats soit armée. L'histoire américaine est aussi celle d'une politique étrangère faite de démonstrations de force. Ex-Yougoslavie, Soudan, Bosnie, Irak, Panama, Nicaragua, etc., la liste des conflits auxquels les USA n'ont su répondre que par les armes est longue. C'est une politique qui a fait ses preuves en matière de popularité. Que les Etats-Unis commencent maintenant, par manque de cibles en Afghanistan, à re-bombarder différentes zones, ne semble être qu'un détail. Que des pays européens soient envieux de suivre tête baissée l'Amérique dans cette voie - qui fait souffrir une population prise au piège au lieu de déloger des terroristes - est du moins inquiétant. S'il y a moyen de trouver au Luxembourg (comme en Allemagne ou en Italie) un large consensus réalisant les dangers de telles "politiques", cela se verra le 1er décembre, date pour laquelle les pacifistes réunis mercredi dernier appellent à une manifestation.

Germain Kerschen est rédacteur du woxx.

Tschernobyl, 15 Jahre später

SchülerInnen aus Luxemburg machten bei ihrem Besuch in der Ukraine Bekanntschaft mit Opfern des Super-GAUs.

Hier mein Kärtchen ...

September 2000: Der GréngeSpoun mutiert zur woxx. Nun darf der angesichts der geplanten Namensänderung zurückgestellte Wunsch, dass alle im Team eine hübsche eigene Visitenkarte bekommen, endlich in Erfüllung gehen. Als unser Hausgraphiker erste Vorschläge einreicht, setzt jedoch unweigerlich der spezial-woxx-Mechanismus ein. Zuerst einmal wird rumdiskutiert: Ist das Türkis nicht zu dunkel, das Format nicht zu groß, die Schrift nicht zu klein, stimmen alle Handy-Nummern? Darüber vergehen einige Monate. Dann, als das Layout druckreif ist, meldet unser Internet-Fachmann: Unsere e-mail-Adressen müssen eventuell geändert werden, die Visitenkarten wären also zu korrigieren. Die Druckerpresse wird in letzter Minute gestoppt. Nach einigem Hin und Her stellt sich heraus, es war falscher Alarm. Mittlerweile ist es Sommer geworden, Graphiker und Druckerei gehen in Ferien. Doch mit der Rentrée kommt neue Dynamik auf, und ein gutes Jahr nach Beschlussfassung halten alle ihre Kärtchen in den Händen. Die Redakteurin findet sie etwas groß und greift zur Schere, der Koordinator bemerkt, dass er meist vergisst, seine zu überreichen, aber immerhin: Den Punkt "Visitenkarte" können wir abhaken ...



Fotos: Rising Tide



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: **GréngeSpoun** - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** GréngeSpoun soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Muriel Prieur (muriel.prieur@woxx.lu), Bibine Schulze (bibine.schulze@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (danièle.weber@woxx.lu) • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Druck:** Imprimerie COPE, Luxemburg • **Einzelpreis:** 60,- LUF / 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 2.400,- LUF (Ausland zzgl. 900,- LUF); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 1.000 LUF. • **Postscheckkonto:** CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79